



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Keine Rückabwicklung von Umwelt- und Naturschutz im Infrastruktur-Zukunftsgesetz

Aktuell seit 30.06.2026 13:24:31

### Angegeben von:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) (R002287) am 31.12.2025

### Beschreibung:

Wir lehnen die Einschnitte im materiellen Umwelt- und Naturschutz, die im Referent\*innenentwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes vorgeschlagen werden, vollumfänglich ab. Dazu gehören für uns insbesondere die Annahme eines "überragenden öffentlichen Interesses" für sämtliche Verkehrsinfrastrukturprojekte des Bundes, Ersatzgeldzahlungen statt Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in den Naturschutz, Ausnahmen von der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Ausweitung vorläufiger Baumaßnahmen.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 12.12.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

## Betroffene Interessenbereiche (1)

---

Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

## Betroffene Bundesgesetze (5)

---

UVPG [alle RV hierzu]

FStrG [alle RV hierzu]

AEG [alle RV hierzu]

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

WaStrG [alle RV hierzu]